

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen die Deutsche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Paris, das Haag und Wien M. 12.—, für das übrige deutsche Reich M. 13.—, für das übrige Ausland M. 20.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die drucktechnische Konvention über den Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Interlinearer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Centrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ansturm gegen das Kabinett Wirth

Ungünstige Aussichten in Oberschlesien — Intriguenspiel der Rechtsparteien

Nach einer Pariser Meldung des Telegraphen-Bureaus „Eti-Europe“ lassen sich die dortigen Blätter aus Berlin berichten, daß die deutsche Regierung der englischen die Demission des Kabinetts Wirth angedroht hätte, falls eine Polen günstige Entscheidung in der ober-schlesischen Frage getroffen werden sollte. Der Kanzler würde den Reichstag zu einer besonderen Sitzung zusammenrufen, die gegen die Verletzung des Rechtes protestieren und den Versailler Vertrag und das Wiesbadener Abkommen für aufgehoben erklären würde, weil Deutschland, der ober-schlesischen Produktion beraubt, Frankreich nicht mehr die notwendigen Materialien liefern könnte. Gleichzeitig würden auch die Vertreter des Handels, der Industrie und des Ackerbaues ihr der Regierung gemachtes Kreditangebot zurückziehen. Diesen politischen Ereignissen würden Massendemonstrationen im ganzen Reich folgen, die Nationalisten würden gegen Frankreich eine ungeheure Kampagne entfalten, und die jetzige Regierung würde jedenfalls von einer Regierung der Rechten abgelöst werden, deren erste politische Tat der wirtschaftliche Boykott Polens wäre, um einen Vorwand zu finden, in Oberschlesien Reichswehrtruppen zu belassen.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Berliner Berichterstattung der Pariser Presse die Informationen für ihre Schauermeldungen aus Regierungsämtern bezogen haben, vielmehr dürften irgendwelche politische Intriganten und Ignoranten die Gelegenheit für günstig erachtet, um mit Hilfe des Auslandes das Kabinett Wirth zum Sturze zu bringen. Ohne Zweifel verschlechtert sich die wirtschaftliche und politische Stellung Deutschlands, wenn die Entscheidung über Oberschlesien zugunsten Polens ausfallen würde; wir können aber nicht einsehen, aus welchen Gründen das Kabinett Wirth mit diesem Vorgang belastet werden soll. Glaubt man etwa, daß ein Kabinett mit Herrn Helfferich an der Spitze eine günstigere Wirkung auf die Entschlüsse erst des Obersten Rates der Alliierten und jetzt des Völkerbundsrates ausgeübt haben würde?

Weder eine Politik der großen Geiste, wie sie die Rechtsparteien wünschen, noch eine Politik feuilletonistischer Ueberredungskunst, wie sie in den demokratischen Blättern gewünscht wird, ist jetzt am Platze, sondern lediglich die ruhige Beurteilung der Tatsachen, aus der sich dann die weiteren Schlussfolgerungen zu ergeben haben. Das eine steht fest: wenn wir jetzt den Verlust eines Teiles Oberschlesiens zu beklagen haben sollten, so trifft die Schuld daran nicht das Kabinett Wirth, sondern jene nationalen Kreise, die für den Krieg verantwortlich sind und die mit ihrer Politik das deutsche Volk in sein jetziges Elend hineingetrieben haben. Glauben diese Kreise etwa, daß das verbrecherische Spiel der Lubendorff und Tirpitz, der Helfferich und Bergt und wie alle diese Herrschaften noch helfen mögen, vergessen werden könnte, wenn sie jetzt einen Angriff gegen das Kabinett Wirth eröffnen?

Es muß ferner festgestellt werden, daß das deutsche Volk mit den Drohungen, die den Berichterstattern der Pariser Presse in Berlin eingeflüstert worden sind, nichts zu tun hat. Deutschland hat die Pflicht zur Wiedergutmachung übernommen und es wird sie in den Grenzen auszuüben versuchen, die seiner Leistungsfähigkeit entsprechen. Hinter diesen Drohungen steht aber noch etwas ganz anderes. Der ungünstige Ausgang der ober-schlesischen Frage soll nur den äußeren Anlaß zur Beseitigung des Kabinetts Wirth geben; die wirklichen Ursachen sind in der Befürchtung der kapitalistischen Kreise begründet, daß dieses Kabinett ernst machen könne mit der schärferen Heranziehung des Besizes zu den Lasten des Staats und zur Erfüllung der Reparation. Nicht umsonst haben diese Kreise den jetzigen Reichskanzler beschuldigt, daß er sich in allzuenge Nachbarschaft zu der proletarischen Gedankenwelt begeben habe. Es ist also nicht die Sorge um den Schutz nationaler Interessen, sondern die Hoffnung, daß die Interessen des Geldbeutels bei einem anderen Reichskanzler besser gewahrt werden könnten, die den Anlaß zu dem Treiben gegen Wirth und zu den Drohungen gegenüber dem Ausland gegeben hat.

Der „Vorwärts“ sagt in seiner heutigen Morgenausgabe, daß der Sturz des Kabinetts Wirth in diesem Augenblick ein großes Unglück und eine schwere Gefahr sei. Von einer deutschen Krise zu einer europäischen Katastrophe sei nur ein Schritt, und diese Katastrophe drohe alle Ansätze der Besserung wieder zu vernichten.

„In sozialdemokratischen Kreisen“, heißt es im „Vorwärts“ weiter, „besteht daher der dringende Wunsch, daß das Kabinett Wirth bleiben und instandgesetzt werden möge, seine bisherige Politik weiterzuführen. An die bürgerlichen Koalitionsparteien muß die dringende Mahnung gerichtet werden, daß sie sich weder

zu parteipolitischen Treibereien mißbrauchen, noch durch Sorge und Bestürzung zu kopflosen Beschlüssen verleiten lassen, deren Folgen nicht übersehbar sind. Vor allem ist zu bedenken, daß eine endgültige Entscheidung noch nicht vorliegt und daß vor ihr unmöglich ein Beschluß gefaßt werden kann, der den Bestand der gegenwärtigen Regierung berührt.“

Kurz zusammengefaßt ist also die Lage die: Die Sozialdemokratie steht, mit einigen einsichtsvollen bürgerlichen Politikern, in Verteidigungsstellung zum Schutze des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorn angegriffen von den Nationalisten Deutschlands, und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu halten, das wird nicht nur von ihrer eigenen Entschlossenheit abhängen, an der es nicht fehlt, sondern auch von der Entscheidung über Oberschlesien. Fällt diese so ungünstig aus, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Fiktion ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.“

Den Rechtssozialisten muß gesagt werden, daß ihnen die Sorge um das Kabinett Wirth erspart geblieben wäre, wenn sie es nicht selbst durch ihre kurzfristige Taktik, um einen sehr milden Ausdruck zu gebrauchen, in diese ungünstige Situation gebracht hätten. Statt die reaktionären Kreise zu isolieren und die Angriffskraft der arbeitenden Klassen auf einen Punkt zu lenken, haben sie den Stinnesleuten die Wege geebnet, auf denen sie der jetzigen Regierung zuleibe rücken können. Und schon wieder breiten sie die Arme aus, um die Deutsche Volkspartei als neuen Koalitionsgenossen liebend zu umfassen. Am Sonntag hat Hermann Müller, der eine Vorstehende der S. P. D., auf dem rechtssozialistischen Parteitag für Württemberg erklärt, daß die Sozialdemokratie bereit sei, „unter Umständen“ mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, sofern eine programmatische Einigung mit ihr möglich sei. Noch deutlicher drückte sich der andere Parteivorstehende, Otto Wels, auf dem rechtssozialistischen Parteitag für Hessen-Nassau aus:

„Wenn wir Deutschland vor dem Ruin retten und das Kabinett Wirth, das Kabinett der Erfüllung, erhalten wollen, dann bleibt uns kein anderer Ausweg, als die Vertreter der Industrie mit in die Regierung einzubringen. Die Art, wie in Bayern und in Preußen die Verfügungen des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik sabotiert wurden, müssen jedem Parteifreund die Meinung aufzwingen, daß wir unter allen Umständen wieder in die preussische und bayerische Regierung eintreten müssen. Die Idee der Isolierung der Deutschnationalen muß dabei mit in dem Programm stehen.“

Im offensibaren Widerspruch mit der Auffassung weiter Parteikreise sind also die oberen Instanzen der Rechtssozialisten dabei, ihren Pakt mit der Stinnespartei zum Abschluß zu bringen. Im „Vorwärts“ jammern sie noch ein wenig darüber, daß sie jetzt in Verteidigungsstellung für das Kabinett Wirth gelommen seien, zu gleicher Zeit aber verdrängen sie sich mit den grimmigsten Feinden dieses Kabinetts. Aus den Ausführungen des Herr Stresemann auf dem nieder-rheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei konnte man entnehmen, daß die Verhandlungen schon sehr weit gediehen seien, und daß die Steuerfrage, die angeblich für Hermann Müller der entscheidende Punkt sei, schon in einer für beide Teile befriedigenden Weise gelöst ist. Hat doch selbst der Abg. Reil, der Steuerfachverständige der rechtssozialistischen Partei, auf dem Württembergischen Parteitag erklärt: Eine Koalition von den Rechtssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei sei im Reich möglich, wenn bei beiden Parteien einigermaßen der Wille vorhanden sei, die Volks- und Staatsinteressen über die Parteinteressen zu stellen. Das stimmt überein mit dem, was Stresemann bereits ausgeführt hat, wonach die Differenz in den Anschauungen über die Ausbringung der finanziellen Mittel „nicht unlösbar“ erscheine. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Einigung in der Steuerfrage sich nach den Wünschen der Deutschen Volkspartei, also zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, vollziehen wird.

Ueberblicken wir also die Situation, so erkennen wir, daß die ober-schlesische Frage für die Rechtssozialisten die günstige Gelegenheit schaffen soll, den Götlicher Beschluß auszuführen, und für die Deutsche Volkspartei, das Kabinett Wirth zur Strecke zu bringen. Wie die Unabhängige Sozialdemokratie zu der jetzigen Regierung steht, das hat sie in ihrem letzten Schreiben an die S. P. D. zum Ausdruck gebracht. Daß sich ihre Stellungnahme ändern würde, wenn mit oder ohne Wirth die Deutsche Volkspartei in die Koalition eintreten sollte, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Der Reichstagsabgeordnete Wels sendet M. T. B. folgende Mitteilung: Die T. U. verbreitet einen Bericht über eine von mir auf dem Parteitag der Sozialdemokratie für Hessen-Nassau

gehaltene Rede. Ist schon die Darstellung meiner Ausführungen über Oberschlesien nicht ganz richtig, so wurden betreffend die Heranziehung der Volkspartei zur Regierung mit Worre in dem Rund gelegt, die ich überhaupt nicht gebraucht habe. In meiner Rede stellte ich lediglich die Tatsache fest, daß der Reichskanzler Wirth den Führern der Koalitionsparteien erklärte, daß, wenn die Industrie in der Beschaffung von Gold dem Reich über die steuerlichen Leistungen hinaus, namhafte Opfer, auch durch Darbietung der Substanz, bringe, er sich angesichts der Notlage des Reiches veranlaßt sehen würde, an die Koalitionsparteien herauszutreten. Ich habe auf das Gewicht dieses Arguments aufmerksam gemacht, aber keinen Zweifel gelassen, daß eine Sicherung des Kabinetts durch Verbreiterung der Basis nach links meinen Anschauungen am meisten entspräche. Das geht auch aus der einstimmig angenommenen, von mir empfohlenen Resolution unzweifelhaft hervor.

Die ober-schlesischen Teilungspläne

Paris, 11. Oktober.

Wie „Petit Parisien“ mitteilt, wird die Erörterung der ober-schlesischen Frage im Völkerbundsrat in Genf erst in einem oder zwei Tagen beendet sein. Allem Anschein nach könne man befürchten, daß die Lösung, auf die man sich einigen werde, darin bestünde, Oberschlesien einschließlich des Industriegebiets gemäß den Ergebnissen der Volksabstimmung zu teilen und provisorisch zu gleicher Zeit durch eine Spezialorganisation die wirtschaftliche Einheit des Landes aufrecht zu erhalten. Das Blatt behauptet, angeblich nach Berliner Nachrichten, England hätte in Genf interveniert, um sich einer Polen günstigen Lösung zu widersetzen.

Dem „Petit Journal“ wird aus Genf gemeldet: Der Völkerbundsrat hat bereits eine Grenzlinie für Oberschlesien festgesetzt (Der Bericht deutet, ohne es direkt auszusprechen, darauf hin, daß danach Deutsch- und Königshütte an Polen fallen würden.) Bei dieser Grenzfestlegung habe sich der Völkerbundsrat nur von der Gerechtigkeit leiten lassen, und die öffentliche Meinung aller Länder könne angeblich von dieser Entscheidung befriedigt sein. Allerdings müßten die Polen den Deutschen gegenüber, die zur Wiederholung ihrer Nationalität gezwungen werden, viel Takt und Wohlwollen beweisen, wenn sie aus ihnen nicht erbitterte Feinde machen wollen.

Die Krise in Oesterreich

Die Sozialdemokratie kampfbereit

In einer Massenversammlung nahm gestern die Wiener Bevölkerung Stellung zu der Verschleppung der Uebergabe Westungarns und der drohenden monarchistischen Putschgefahr. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen protestierte, wie die „Wolfsche Ztg.“ meldet, in seiner Rede dagegen, daß das Burgenland als Sprungbrett der Karslisten benutzt werde. Die Sozialdemokraten wählten genau, was in den Konventikeln der Monarchisten vorgehe, sie kennen jedes Schriftstück und alle geheimen Lösungsworte. Die Arbeiterklasse würde sich das verbrecherische Treiben der Herren Huszar, Wienner und Schlager nicht mehr lange bieten lassen. Diese Herrschaften würden die proletarischen Fäuste zu spüren bekommen, da man auf alles mit allen Mitteln und für jegliche Fälle gerüstet sei. Dr. Ellenbogen brante die friedlichen Absichten Deutschösterreichs, das im Burgenlande kein neues Elend-Lokhoringen schaffen wolle. Die derzeitige Haltung Ungarns sei aber die ungeheuerste Blamage der Entente, die gegenüber den Fronas, Heijas und Komjorten völlig verlage. Wenn die Entente aber ihre Zusage nicht einhalte, werde der Anschluß an Deutschland die einzige Antwort des deutschösterreichischen Volkes sein.

Wie Havas aus Budapest meldet, haben die Vertreter der Verbündeten einen gemeinsamen Schritt bei der ungarischen Regierung unternommen, um gegen deren passiv Haltung in bezug auf die Banden zu protestieren, die im Burgenland immer noch ihr Unwesen treiben, und sie nochmals daran zu erinnern, daß sie für die Auflösung dieser Banden verantwortlich sei, ebenso wie für den Zukrom von Freiwillingen, der aus den Komitaten andauernd gemeldet wird.

Der Protest der Ententevertreter in Budapest hätte nur dann Bedeutung, wenn die Ententeregierungen ihren Worten Taten folgen lassen würden. Die Entente hat Rechte mittel genug, um die Horthy-Regierung zum Gehorsam zu zwingen. Wenn sie sich dennoch auf leere Worte beschränkt, so bietet sie der Welt nur das lächerliche Bild völliger politischer Impotenz.

Die U.S.P.D. und die Beamten

Eine Erinnerung und eine Mahnung

Von Luise Zieh

Bereits in der verfassunggebenden Nationalversammlung, die das neue Besoldungsgesetz und die Besoldungsordnung für die Beamten zu schaffen hatte, hat die U. S. P. D. fest umrissene Grundsätze in der Beamtenfrage vertreten und dementsprechende Abänderungsanträge eingebracht. Unser Bemühen war, ein einheitliches Reformwerk nach großen Gesichtspunkten und erfüllt von freibürgerlichem und sozialem Geist zu schaffen.

Aber nicht nur die Regierungsvorlage, die naturgemäß als Grundlage der ganzen Verhandlungen diente, stellte sich als unüberwindliches Hindernis unseren Bemühungen entgegen, weil sie nichts Einheitliches, Großzügiges, sondern Flickwerk war, nach alten, überholten Anschauungen geschaffen. Allüberall stießen wir auch bei den Beratungen und der Verteidigung unserer Anträge im Ausschuss und im Plenum auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien, die, wenn man ihren Wahltreuen Glauben schenken würde, von Beamtenfreundlichkeit trieben.

Als nach langer, gründlicher Ausschussberatung feinerzeit die Plenumbehandlung der Vorlage folgen sollte, ist von bürgerlicher Seite alles getan worden, um eine Diskussion im Plenum zu hintertreiben. Wir lehnten jedoch entschieden ab, diesem Anstinnen zu folgen und brachten die wichtigsten Anträge, die von bürgerlicher Seite im Ausschuss niedergestimmt worden waren, im Plenum wieder ein.

In den Tagen nach dieser Plenarberatung erhielt ich eine Flut von Beamtenzuschriften, die mir zeigten, warum die bürgerlichen Parteien die Plenarberatung hatten abwürgen wollen. Die Beamten gaben in den Zuschriften ihren Dank und ihrer Freude Ausdruck über unsere Haltung in der Beamtenfrage und erklärten, jetzt hätten sie mit eigenen Ohren gehört — die Tribünen waren von Beamten überfüllt —, wie man sie bisher belogen, als man ihnen erzählte, die U. S. P. D. sei Feindin der Beamten. Nicht nur unsere Reden, sondern auch unsere Anträge und das Niederstimmen derselben durch die Bürgerlichen hätten den Beamten gezeigt, wo ihre wirklichen Freunde lägen.

Einer von den Anträgen, die wir von Anfang an vertreten haben und immer wieder vertreten werden, solange, bis der darin ausgedrückte Grundsatz sich durchgesetzt haben wird, ist die Forderung: allen Beamten eine gleich hohe Teuerungszulage zu gewähren. Als wir das erste Mal diese Forderung erhoben, wurden wir deswegen erhöht und verspottet, allmählich hat der Gedanke auch in anderen Kreisen Wurzel geschlagen, und bei der letzten Verhandlung der Spitzenorganisationen mit der Regierung ist die Forderung auch von den Spitzenorganisationen vertreten worden, leider noch nicht durchgesetzt.

Auch wir haben vor dem letzten Abschluß, als von der Regierung den Fraktionsvertretern mitgeteilt wurde, wie man die Teuerungszulage gestalten wolle, mit allem Nachdruck unseren grundsätzlichen Standpunkt vertreten, der besagt: „Die Differenzierung in der Bewertung der Beamtenleistungen muß im Grundgehalt zum Ausdruck kommen, eine Differenzierung der Teuerungszulage ist unangebracht.“

Ramenlos ungerecht und unsozial aber ist es, wenn man die Teuerungszulage gar doppelt abtastet. Einmal nach Ortsklassen und gleichzeitig nach Gehaltsklassen.

Die letzte Abstufung ist die ungerechteste. Es klingt ja ganz hübsch, wenn es heißt: Alle Beamten erhalten erneut gleichmäßig 25 Proz. Teuerungszulage. Faktisch bedeutet dieser gleiche prozentuale Teuerungszulage eine tiefenstige Vergrößerung der Spannung in den Bezügen der unteren und der oberen Beamten.

Denn 25 Proz. von einem Grundgehalt von 4000—5000 M. betragen 1000—1250 M., dagegen betragen 25 Proz. von 20 000 M. Grundgehalt, wie es in den oberen Gehaltsklassen

Wer billiges Brot will



wählt die Liste der U.S.P.D.

gezahlt wird, 5000 M. Hier ist also der Teuerungszuschlag viermal so hoch als in den unteren Gehaltsklassen, in denen die Gesamtbezüge ohnehin viel zu niedrig sind.

Und dazu tritt nun noch die zweite Differenzierung nach Ortsklassen, wodurch die Spannung noch größer wird und die Teuerungszulage für die unteren und mittleren Beamten völlig ungenügend bleibt.

Es muß Sache der Beamtenorganisationen sein, abgesehen von der Erhöhung des Grundgehaltes für die unteren und mittleren Beamten, eine gleich große Summe als Teuerungszuschlag für alle Beamten durchzusetzen. Die U. S. P. D. vertritt mit Energie und Ausdauer diesen Standpunkt. Dieser Gedanke muß unablässig vertreten, den Hirnen eingehämmert werden.

Das sollten auch die Beamten bei den Stadtverordnetenwahlen bedenken. Die bürgerlichen Parteien, in deren Reihen nur höhere Beamte Einfluss haben, sind auch in der Gemeinde Gegner des Grundgesetzes: Freie Bahn den Tüchtigen. Ihnen verdanken die Beamten die unerträglichen Lasten, für die durch die kleinen Zulagen nur ein unvollkommener Ausgleich geschaffen worden ist.

Ein Handlanger der Reaktion

Ein Zentrumsblatt in Frankfurt a. M. hat vor einigen Tagen behauptet, der demokratische Minister Dominicus kämpfe um keinen Regierungssessel wie ein Löwe. Für die eingeweihten Kreise war das keine Neuigkeit. Bei den bisherigen Verhandlungen über die preussische Regierungsbildung spielte die Person des Herrn Dominicus tatsächlich eine sehr wesentliche Rolle. Die Demokratische Partei betonte schon recht deutlich ihren Willen, Dominicus auf keinen Posten zu belassen, auch wenn die rechtssozialistische Partei in die Regierung mit aufgenommen werden sollte.

Da der Posten des Herrn Dominicus wesentlich von der Unterstützung der Rechtsparteien abhängt, bemüht sich Herr Dominicus eifrig, den Sachwalter dieser Parteien zu spielen. Er rechnet auf eine entsprechende Gegenleistung von dieser Seite und läßt deshalb seine Regierungsgeschäfte so aus, daß jedes vollparteiliche und deutschnationale Herz in Entzücken gerät. Die schlesische Orgesch wird von ihm wie ein rotes Ei behandelt. In der Frage der Verwaltungsreform ist seine Haltung gegen jede ernsthafteste Demokratisierung gerichtet. Eine besondere Spezialität des Herrn Dominicus besteht jetzt darin, Gemeindevertretungen mit sozialistischer Mehrheit aufzulösen, nachdem der Reichstag mit Groß-Berlin schon geglättet ist. So hat er am 2. September die Gemeindever-

tretung der Landgemeinde Eichwalde, im Kreis Teltow, aufgelöst. Dort waren die bürgerlichen Vertreter ausgeschlossen, um eine Neuwahl des Gemeindevorstandes zu verhindern. Da in Eichwalde eine sozialistische Mehrheit bestand, war die Gemeindevorstellung trotz des Ausscheidens der Bürgerlichen immer noch beschlußfähig. Ein Grund zur Auflösung lag also nicht vor, so daß der Entschluß des Ministers auf eine offensichtliche Begünstigung der bürgerlichen Minderheit hinauslief.

In Tschöe in Holstein hat sich jetzt dasselbe Spiel wiederholt. Dort wurde im Februar mit 4700 gegen 4000 Stimmen der rechtssozialistische Stadtrat Schinkel zum zweiten Bürgermeister gewählt. Als Protest gegen die ordnungsmäßig erfolgte Wahl legten die 14 bürgerlichen Stadtverordneten ihre Mandate nieder. Obwohl auch hier noch eine beschlußfähige sozialistische Mehrheit bestand, ließ Herr Dominicus das Stadtverordnetenkollegium kurzerhand auf und arbeitete damit der gesamten bürgerlichen Reaktion in die Hände.

Im preussischen Landtag wird wegen dieser beiden Vorfälle mit Herrn Dominicus ein ernsthaftes Wortlein gesprochen werden.

Gradnauer über die Schuttpolizei

Sie ist notwendig zur Bekämpfung des Aufruhrs

Minister Dr. Gradnauer hatte mit dem französischen General Berranz eine Unterredung, wobei er über die Ausrüstung und Entwaffnung folgende Ausführungen machte:

Die Ausrüstung Deutschlands ist vollzogen; mit Ausnahme der Pistolen, die der Friedensvertrag dem Reich zugesprochen hat, hat Deutschland weder Kanonen, noch Maschinengewehre, noch Flammenwerfer. Die Furcht, die man in Frankreich gegenüber der Schuttpolizei an den Tag legt, ist übertrieben. Die Schuttpolizei ist unsere einzige Waffe der Aufrührerbewegung gegenüber, die nur durch die Schuttpolizei unterdrückt werden konnte. Die Kontrollkommission verlangt von uns die Dezentralisierung der Schuttpolizei. Wenn diese aber nicht zentralisiert wäre, hätte man mit der Aufrührerbewegung in Mitteldeutschland nie fertig werden können. Uebrigens wurde die Notwendigkeit einer Polizei, die in die verschiedenen Teile des Reiches entsandt werden kann, vom Obersten Rate selbst anerkannt: Deutschland sollte Schuttpolizei nach Ober- und Niederdeutschland entsenden.

Die Kontrollkommission forderte die Verminderung dieser Polizei, Deutschland unterwirft sich dieser Forderung trotz der Unannehmlichkeiten, die dadurch für Deutschlands innere Sicherheit entstehen könnten. Nur ein Drittel der Polizei besteht noch Gewehre. Die Maschinengewehre hat sie abgeliefert, obwohl deren Vorhandensein genügt, um die Massen in Schach zu halten und Vorkatzen zu vermeiden. Auch die Flammenwerfer wurden abgeliefert. Die Revolverpartei in Deutschland wird nie den Sieg davontragen. Sie könnte niemals genügend Formationen zur Bildung einer Armee aufstellen und könnte sich auch nicht die nötigen Ausrüstungsgegenstände verschaffen. Der Krieg, den Frankreich von Seiten Deutschlands immer befürchtet, kann von diesem nicht geführt werden.

Herr Gradnauer produziert sich mit diesen Auslassungen als ein gelehriger Schüler Noskes. Gewisse Leute scheinen die Existenz Deutschlands schon bedroht zu sehen, wenn nicht hinter jedem zweiten Mann in Zivil ein Schuttmann steht und wenn nicht jedes Dorf über 1000 Einwohner eine Kaserne hat. Heut steht aber die Frage ganz einfach so, daß Deutschland schon aus finanziellen Gründen eine Polizeimacht in der jetzigen Stärke auf die Dauer nicht halten kann.

Die Auswanderung nach Nordamerika. Nach einer Statistik sind im Monat September von Hagen von Antwerpen aus 3762 Personen nach Nordamerika ausgewandert, darunter über 2200 Polen und 32 Deutsche; im letzten Vierteljahr insgesamt 3343 Polen, 1324 Russen, 975 Tschechen, 286 Belgier und 51 Deutsche.

200 000 Mann lebendes Heer für Japan. Das japanische Kriegsministerium hat beschlossen, daß ein Heer von mindestens 21 Divisionen, ungefähr 290 000 Mann, für die Zukunft erforderlich sei. Falls aber die Washingtoner Konferenz eine größere Verkürzung aller Landmächte erziele, werde Japan sich anstellen.

Der Film am Dienstag

Stagerrak und andere Ehrensünden

Nach der kraftvollen „Kundgebung für die Republik“ scheinen die monarchischen Akten — trotz des gegenwärtigen Börsenaustausches — bedenklich niedrig zu notieren. Denn die Deulig („Deutsche Lichtbild-Gesellschaft“), Herstellerin der Reizermache, hat plötzlich nicht mehr den Mut, unsere Anlagen erhaben zu überhöhen, wie sie es bei günstiger Konjunktur zweifellos tun würde. Sie verteidigt sich, und siehe, sie ist so unschuldig! Erklärt sie doch plötzlich, jede Absicht, durch die Reizermache reaktionäre Propaganda zu treiben, läge ihr, um Gottes willen, völlig fern. Wenn sie, unbegreiflicherweise, dennoch den Anchein einer politischen Tendenz erweckt hätte, so sei sie sich dessen nicht bewußt gewesen. Jedenfalls werde sie sich bemühen, in Zukunft auch den leisesten Schimmer eines verdächtigen Ancheins zu vermeiden. Sie war sich also nicht bewußt, vermittels welcher Tarnlatzpe Ludendorff mit seinen Paraden im Aufnahmeapparat der Reizermachen erschien. Und jede böse Absicht lag ihr fern, als sie die „Kundgebung für die Republik“ in einer Verherrlichung abphotographierte, die auf lächerliche Wirkung berechnet war. Immerhin ist ihr Versprechen, in Zukunft neutral zu sein, erfreulich.

Eine neue Regung ihrer angeblichen politischen Bewußtlosigkeit ist die Verfilmung der Stagerraktschlacht (Marmorhaus). Man behauptet in London, die deutsche Marine — deren Offiziere in der Deulig wohl reichlich vertreten sind — sei am Stagerraktschlagen worden. Was hat die Deulig da Eiligeres zu tun, als Modelle zu bauen, um mit ihnen eine zweite Stagerraktschlacht zu liefern und nachzuweisen, daß die Engländer zweimal so viel Dresche gekriegt hätten wie „wir“! Doch also die Hälfte der Schläge, die die Engländer bekommen haben, genügt, von den Engländern ausgeteilt, „uns“ zu Boden zu werfen. Statt sich nun schweigend zu erheben und, an Erfahrungen reicher, sich nach fruchtbarer Tätigkeit umzusehen, rufen diese „Wir“ dem über ihrer Brust seinen Stiefel haltenden Kolof zu: „Mensch, wenn ich aufstehe, bilde ne Leiche!“

Aber die „Deulig“ glaubt, die Ehrensünde, in der sie bei ihren Offizieren steht, mit der Verfilmung der Stagerraktschlacht noch nicht genügend geistigt zu haben. Darum fabriziert sie ein Filmdrama: „Ehrensünde“ (Marmorhaus), das den edlen Eigenschaften eines deutschen Offiziers die gefährliche Würdigung zuteil werden läßt. Und zwar so: Der Bruder eines deutschen Kapitäns schwängert ein Mädchen. Wie kann man in so vornehmen Kreisen bloß —? Gemach, gemach, der arme Junge

trägt ja den Keim des Wahnsinns in sich — wie wär er auch sonst einer so unsittlichen Handlung fähig! Außerdem will er durch die Trauung alles wieder gutmachen. Aber Ient's der Himmel anders. Er erkränkt sich und stirbt, bevor er die Ehrensünde abtragen konnte. Doch er darf beruhigt sterben, denn er läßt einen Bruder zurück, der als deutscher Offizier „Ehrensünde“ weh, was Ehre ist! Dieser nimmt die Schuld auf sich und zahlt sie, indem er das Mädchen heiratet, obwohl er eine andre liebt! „Wir“ sind eben sol Die Bürgermoral trümpfieri, und Tränen gerührter Zuschauer fließen, zumal diese Zuschauer aus Badischen bestehen, die unbedenklich nach Hause gehen würden, wenn sie nicht den Oiaf Föhn aus der Loge herausfließen und anstaunen dürften. Und wenn vor dieser schleimigen Tausche zum Köhnen Abel wird, dem fehlt gewiß jegliches Verständnis für die Ehrbegriffe des Offiziers!

Dasio Koffler

Filmschau

Das Rätsel der Spitz (Schauspiel von Dr. M. Wolff und A. Comlan. Regie: Adolf Gärtner. Hersteller: Ellen-Richter-Film. Aufführung im Tauentzienpalast.)

Das ist ein Film von der Sorte, wie man sie nur in Deutschland macht. Alles ist künstlich und gekünstelt — und weil diese beiden Worte von Kunst herkommen, so glauben dann manche Leute, so ein Film komme den Forderungen der Kunst sehr nahe, näher z. B. als die wilden amerikanischen Filme, in denen so viel geschossen, geritten, gebotzt und gelautet wird, und die fast alle ganz in der wilden, freien, unbilligen Natur vor sich gehen. Es ist aber gerade umgekehrt, die Scheinbar sehr künstlichen und ungeübten amerikanischen Wild-West-Filme sind in den allermeisten Fällen nicht nur viel interessanter, sondern auch künstlerisch viel besser als die deutschen Durchschnittsfilme. Von so einem Nachwerk, wie „Das Rätsel der Spitz“ ganz zu schweigen. Das ist regelrecht ausgepochener Schund. Alles an diesem Film ist schlecht. Es ist eine Unerschämtheit, erwachsenen Europäern so etwas zu bieten. Ich habe nur die ersten drei Akte gesehen. Länger hielt ich es nicht aus. In diesen drei Akten ist nicht eine einzige hübsche oder auch nur gut gespielte Szene. Die Schauspieler stehen hilflos, feist und albern herum, nicht einer findet eine einzige natürliche und überzeugende Gekörde; jede Bewegung ist künstlich, verlogen und schlecht. Ein kleiner Regier, der von verbotenem Kuchen nascht, ist der einzige, der seine Sache gut macht. Dieser kleine Junge steht die ganzen Akten, erwachsenen europäischen Schauspieler in die Tasche. Und so falsch wie die Schauspieler spielen, so falsch ist auch die „schätzigste“ Landshaft. Man hat in irgendeiner Berliner Sandfeld eine Spitz auf Zement hineingehetzt (sogar der Stil dieser besonders angefertigten Spitz ist völlig falsch und ganz ungyptisch) und diese armselige Karzettel-Landschaft soll dann das sonnenglühende Ägypten vorstellen. Man soll an die Wüste, an Pyramiden, Palmen, Karawanen denken — und man denkt an's Tempelkoffer Feld.

Ueber die große Tragödie Ellen Richter nur soviel: sie ist von Natur aus — na sagen wir: ganz gewiß nicht hübsch; nun, das ist nicht ihre Schuld. Sie hat nicht die geringste schauspielerische Begabung; ist auch nicht ihre Schuld. Aber, daß sie dann zum Film geht — das ist ganz gewiß ihre Schuld.

Hans Siemsen

Der Autor und Regisseur Fritz Lang wird mit seinem Film: „Der müde Tod“ (U. L. Kurfürstendamm) den Weg zu Millionen Menschenherzen finden. Mit Recht finden. Er hat hier ein Werk geschaffen, das an künstlerischer Reinheit etwa dem „Golem“ Paul Wegeners vergleichbar ist, nur ist Lang weniger diszipliniert und bunter als Wegener. Seine allzu süppige Phantasie brennt mit ihm gar häufig durch, er folgt willig und berauscht sich an ihren süßen Sprüngen.

In das verschlossene Märchenstädtchen „Argemwa und Irgendwann“ verirrt sich ein junges Brautpaar. Der Tod folgt als Dritter, wirft seinen Schatten über den Brauttag und entführt ihn. Das Mädchen greift verzweifelt nach dem Giftbecher, setzt ihn an die Lippen, da sieht sie sich an der Schwelle des Totenreiches. Vor ihr aufgezogen steht der Tod. Ihn rührt die Lage des Mädchens, er verspricht, ihr den Liebsten auszuliefern, wenn's ihr gelingt, auch nur eins von den drei herabgebrannten Lichtern vor dem Erlöschen zu bewahren. Nun erlebt das Mädchen die Geschichte der drei Lichter.

Das erste gehört einem jungen Franken, der bei der Schwelger des Kalifen im Heiligum der Gläubigen ertappt wird. Der Kalif läßt ihn durch seinen Gärtner lebendig begraben. Sein Licht erlischt. Die zweite Geschichte spielt in der italienischen Renaissance. Der Liebhaber der schönsten Venezianerin fällt den Forderungen ihres verkommenen Vaters zum Opfer. Ein Mörder erlischt ihn, kein Licht erlischt. Die dritte Geschichte ist von großem totemischem Barock des chinesischen Kaiserhofes umrahmt. Der Kaiser verlangt nach der schönen Tochter des Hofzaubers und läßt auf Widerstand ihres Liebsten. Diesen räumt der Weis des kaiserlichen Bogenpanners aus dem Weg, sein Licht erlischt. Altraends konnte das Mädchen des Erlöschen aufhalten. Der Tod selbst ist ohnmächtig gegen die Bestimmung des Schicksals, dem er als willenloses Werkzeug dient, ohne in seiner Mäßigkeit je auszurufen zu dürfen. Das Mädchen kann sich erst im Reich der Toten mit ihrem Liebsten wiedervereinigen. Sie läßt sich gleich zu ihm hinflüchten.

Dieser knappe Grundriß ist kaum eine ausreichende Vorstellung von der Rille und Fachtigkeit der Erzählung. Aus ihm lassen sich aber die Mängel des Stücks leicht herleiten. So ergibt die Geschichte der drei Lichter drei verschiedene Filme, die miteinander sowie mit der Haupthandlung durch nichts weiter verknüpft sind als dadurch, daß ihre Liebesscenen die Züge des Brautpaars aus der Haupthandlung tragen. Auch werden die jeweiligen Helfer, so der Gärtner des Kalifen und der Zauberer des Hofzaubers, vom Darsteller des Todes gespielt, doch kann man letztendlich nicht darauf, auch den Wahren mit ihm zu befehlen! Außerdem setzt man in den drei Geschichten ausführlich, wodurch das Leben der Unser vermischt und wie der Tod vor ein unabwegbares Los gestellt wird, im Hauptfilm aber verzigt man zu

